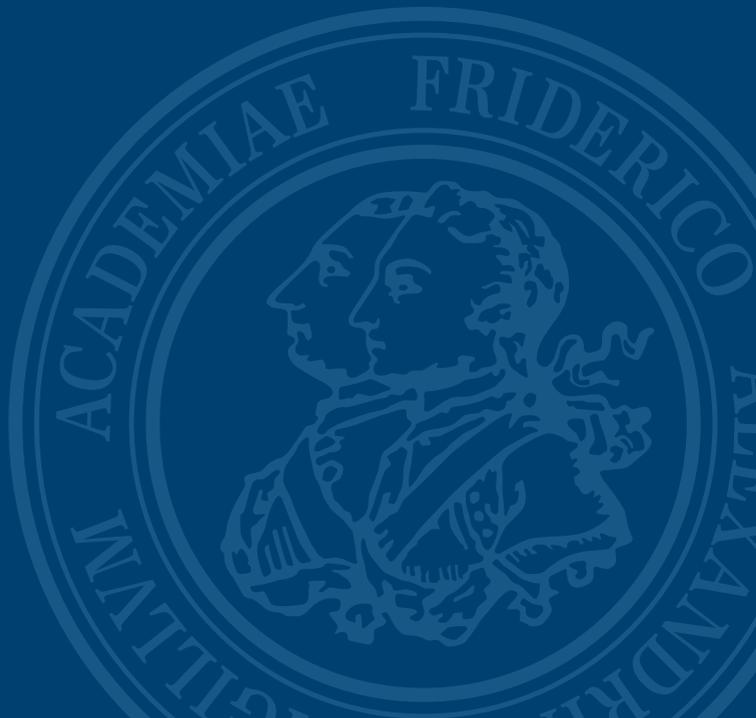


Erlanger Universitätsreden Nr. 76/2012, 3. Folge

50 Jahre Politikwissenschaft in Erlangen



50 Jahre
Politikwissenschaft
in Erlangen

Reden im Rahmen der Feier
des Instituts für Politische Wissenschaft
der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg
in der Aula des Erlanger Schlosses
am 27. Mai 2011

Inhalt

Begrüßung	4
Prof. Dr. Roland Sturm Geschäftsführender Vorstand des Instituts für Politische Wissenschaft	
Vorträge	
„Aus der Frühgeschichte des Instituts für Politische Wissenschaft. Erinnerungen an Vergangenes und Aufzuhebendes“	7
Prof. em. Dr. Gotthard Jasper	
„Anspruch und Wirklichkeit einer Wissenschaft von der Politik“	20
Prof. em. Dr. Jürgen Gebhardt	
„Studium generale oder Berufsakademie?“	31
Johannes Görg, Vorstandsmitglied des Vereins der „Alumni Politikwissenschaft Erlangen e. V.“	
Politische Wissenschaft in Erlangen	37
Bisher erschienene Folgen und Ausgaben der Erlanger Universitätsreden	39
Impressum	40

Roland Sturm

Begrüßung

Sehr geehrter Herr Departmentsprecher Trinczek,
liebe Ehemalige, liebe Alumni,
liebe Studenten, liebe Kollegen,

ich möchte Sie alle ganz herzlich zur 50-Jahr-Feier des Instituts für Politische Wissenschaft begrüßen. 50 Jahre Politikwissenschaft in Erlangen sind eine Erfolgsgeschichte. Was mit der einen Professur von Waldemar Besson 1961 begann, hat sich entwickelt zu einem Institut mit derzeit sieben Kollegen und einer gewachsenen Zahl von wissenschaftlichen Mitarbeitern, Lehrbeauftragten mit besonderen Aufgaben und akademischen Direktoren. Generationen von Politologen wurden in Erlangen ausgebildet. Professuren in Bremen, Halle, Erfurt, Graz, Newcastle, Friedrichshafen, Speyer, Budapest, Berlin, Aachen, Nijmegen oder Köln blicken auf Erlanger Wurzeln zurück. Wir haben weitere Informationen zur Erlanger Politikwissenschaft in dem Flyer zusammengetragen, mit dem Sie zu dieser Veranstaltung eingeladen wurden.

Ich möchte Sie hier nicht mit Institutsstatistiken oder Publikationslisten der Institutsangehörigen langweilen. Auf der Website des Instituts kann Weiteres nachgelesen werden. Nur kurz zu dem, um das sich so Vieles in unserem Fach dreht: Bücher. Bücher waren und sind für uns ein wichtiges, aber nicht immer preisgünstiges Arbeitsinstrument in Forschung und Lehre. Das erste Buch, das das Institut angeschafft hat, trug übrigens den heute keineswegs verstaubten Titel: „Die deutsche Sozialpolitik und der Bruch der großen Koalition“. Man ist irgendwie an Hartz IV und die von Frau Merkel geführte Koalition 2005 bis 2009 erinnert. Die Autorin Helga Timm hatte allerdings den Sturz der Regierung Müller im März 1930 im Visier.

Zum Thema preiswerte Publikationen fällt mir der Brief eines Oberrealschülers aus Nürnberg an Kurt Tucholsky ein, dessen dramatischer Reformvorschlag das Problem der Kosten eines Studiums wohl auch nicht seriös lösen kann. Er schrieb:

„Lieber Herr Tucholsky,
erlauben Sie mir, dass ich Ihnen zu Ihren Werken meine vollste Anerkennung ausspreche. Das wird Ihnen zwar gleichgültig sein - aber ich möchte doch noch eine Bemerkung hinzufügen. Hoffentlich sterben Sie recht bald, damit Ihre Bücher billiger werden (so wie Goethe zum Beispiel). Ihr letztes Buch ist wieder so teuer, dass man es nicht kaufen kann.
Gruß“

Mir ist schon klar, bei welchen politikwissenschaftlichen Verlagen ein ähnliches Problem entstehen kann. Aber das Aussterben der Institutsangehörigen und die Reduktion der Wissenschaft auf das Buch wären doch ein zu herber Schlag für die Einheit von Forschung und Lehre.

Lassen Sie uns zu seriöseren Themen zurückkommen:

50 Jahre Institut für Politische Wissenschaft sind auch 50 Jahre großen Einsatzes der nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter für Institutsbelange. Ich möchte hier in alphabetischer Reihenfolge erinnern an das Engagement von Frau Bauer-Mischel, Frau Beck, Frau Graupe, Frau Grehn, Frau Grimm, Frau Heinlein, Frau Krönig, Frau Krüger, Frau Platzler, Frau Schmeißer, Frau Schwarz, Frau Überschär, Frau Uhlich, Frau Viehfeger und Frau Vredenburg.

Unser herzlicher Dank gilt unseren emeritierten Kollegen Jasper und Gerhard für ihre Bereitschaft, einen erfahrenen und analytischen Blick auf die Institutsgeschichte und unser Fach zu werfen. Wir freuen uns auf ihre Ausführungen. Viel zu verdanken hat das Institut auch unserer rührigen Alumni-Vereinigung, für die Herr Görg heute sprechen wird. Die Alumni sind so alt wie unsere jährliche Absolventenfeier, die von allen Beteiligten als schöne Würdigung und dauerhafte Erinnerung an einen wichtigen Lebensabschnitt empfunden wird. In diesem Jahr ist übrigens unsere prominente Gastrednerin die

ehemalige Justizministerin Frau Hertha Däubler-Gmelin. Mein ganz besonderer Dank gilt unserer Bibliothekarin, Frau Ralph, und dem Kollegen Heiner Bielefeldt, die seit ihrer Ankunft am Institut immer den guten Ton trafen und diesen wieder mitgebracht haben.

Und nun darf ich Herrn Kollegen Jasper um seinen Vortrag bitten.

Gotthard Jasper

Aus der Frühgeschichte des Instituts für Politische Wissenschaft.

Erinnerungen an Vergangenes und Aufzuhebendes

Frühgeschichte, das kann man in Erlangen lernen, gehört nicht mehr zur eigentlichen Geschichte, wenn man feststellt, dass der Lehrstuhl für Frühgeschichte nicht dem Institut für Geschichte zugeordnet ist. Offensichtlich behandelt Frühgeschichte also etwas sehr lang Zurückliegendes, über das nur rudimentäre Kenntnisse verbreitet sind und das für die Gegenwart kaum noch irgendeine Relevanz hat. Für das heutige Institut für Politische Wissenschaft sind die ersten Jahre nach 1961 in der Tat ganz weit weg, daher habe ich meine Ausführungen unter den Titel „Frühgeschichte“ gestellt. Ich habe deshalb über „Vergangenes“ zu reden. In meinem Untertitel „Erinnerungen an Vergangenes und Aufzuhebendes“ steckt in dem Wort „Aufzuhebendes“ ganz bewusst noch eine Verstärkung des „Vergangenen“, wenn man „Aufzuhebendes“ als „Ungültig zu Machendes“ oder „Ungültig-Gewordenes“ interpretiert.

Meine Legitimation über diese Frühgeschichte zu reden, leitet sich daraus ab, dass der 50. Jahrestag meiner Einstellung als Assistent am Erlanger Institut für Politische Wissenschaft bereits 12 Tage zurückliegt: Am 15. Mai 1961 wurde ich von dem seit 1. April 1961 amtierenden Ordinarius Waldemar Besson in Erlangen als erster Institutsassistent eingestellt, nachdem ich am 9. Mai in Tübingen meine letzte Prüfung im Ersten Examen für das Lehramt an Höheren Schulen in den Fächern Geschichte, Geographie und Latein absolviert hatte. Ich wollte in diesen Fächern Studienrat werden und hatte mich in meiner Heimat bei dem Schulkollegium in Münster erkundigt, wie alt ich sein

dürfe, wenn ich noch im Schuldienst eingestellt werden wollte. Die Antwort war: 32. Da ich gerade einmal 26 Jahre alt war, hatte ich also noch Zeit, in der Universität noch ein wenig herumzuschnuppern. Darum nahm ich das Angebot von Besson an.

Besson war fünf Jahre älter als ich, wurde also mit 32 Jahren auf den Erlanger Lehrstuhl berufen. Wir waren befreundet und Schüler des bedeutenden Zeitgeschichtlers Hans Rothfels. Während Besson, bei dem ich mein erstes historisches Proseminar absolviert hatte, als Assistent bei Rothfels habilitierte, promovierte ich kurz nach Bessons Habilitation, aber noch vor meinem Staatsexamen. Unsere Themen galten der inneren Geschichte der Weimarer Republik und waren bestimmt von der Frage nach den Ursachen ihres Scheiterns und motivierten dazu, daraus Lehren für die Bundesrepublik abzuleiten. Das brachte uns in eine gewisse Nähe zur damaligen Politikwissenschaft, auch wenn – zumindest ich – sie offiziell nie studiert hatte.

Heute vor 50 Jahren amtierte ich also längst in dem Institut für Politische Wissenschaft, das damals aus dem Lehrstuhlinhaber Waldemar Besson, einer Sekretärin und mir sowie einigen Hilfskräften bestand. Untergebracht waren wir im zweiten Obergeschoss des Schlosses in drei Räumen, zwei kleinen Dienstzimmern – eines für den Professor, eines für die Sekretärin – und einem großen hohen Bibliotheksraum, der zugleich als Seminarraum fungierte. Einen eigenen Arbeitsplatz hatte ich zunächst nicht. Dafür waren die Aufgaben des Assistenten sehr umfassend. Institute waren damals noch weitgehend autark, man kaufte nicht nur selbständig Büromaterial und Bücher, sondern schaffte auch die Schreibmaschine für die Sekretärin an. Bei der Schreinerei Utzmann, daran erinnere ich mich gut, bestellte ich nach genauer Absprache maßangefertigte spezielle Bücherregale. Da wir einen hohen Anschaffungs-etat für die Institutsbibliothek hatten, war ich in den Buchhandlungen ein gern gesehener Kunde, aber ich musste mir auch das Signatursystem der Bibliothek ausdenken und die Signaturzuordnung der einzelnen Bücher bestimmen, da wir natürlich keine eigene Bibliothekarin hatten. Hinzu kam recht bald die Pflicht, eigene Proseminare zu halten.

Unsere Studenten waren damals zu 90 % Lehramtsstudenten für das gerade neu eingeführte Fach Sozialkunde. Die Einführung dieses Faches war der Grund für die Schaffung des Erlanger Lehrstuhls. In München gab es zwar schon seit längerer Zeit einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft, besetzt mit Eric Voegelin, aber der war in der Staatswissenschaftlichen Fakultät angesiedelt. Darum schuf das Ministerium fast zeitgleich mit dem Erlanger Lehrstuhl in München den Lehrstuhl Politikwissenschaft II, auf den der junge Hans Maier aus Freiburg berufen wurde, der sich insbesondere der Sozialkunde-Lehrerausbildung widmen sollte, mit dem wir Erlanger darum insbesondere in Fragen der Lehrerweiterbildung eng kooperierten. Das Fach Sozialkunde war damals eine Addition der Fächer Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, Staat und Politik. Das Recht hatten die Juristen zu liefern, Wirtschaft bot in Erlangen das damalige Staatswissenschaftliche Seminar mit dem Lehrstuhl Volkswirtschaftslehre – Prof. Winterstein – an, für Gesellschaft waren die Soziologen zuständig und die Politikwissenschaft hatte die Bereiche Staat und Politik zu verantworten, hatte also ein besonderes Gewicht, da sie zwei von den fünf Fachgebieten vertrat. Wir hatten großen Zulauf bei den Studenten. Der Bedarf an den Schulen war groß. Außerdem fesselte Besson besonders in seinen Kolloquien zu aktuellen politischen Fragen auch viele politisch interessierte Studenten aus anderen Fächern und Fakultäten.

Die Tatsache, dass Lehrstühle für Politikwissenschaft mit im engeren Sinn Fachfremden, wie das in Erlangen geschah, besetzt wurden, war damals nichts Ungewöhnliches. Habilitierte Politologen gab es kaum, zumal längst nicht an allen Universitäten schon Lehrstühle für Politikwissenschaft existierten. Das Fach hatte in Deutschland ja keine Tradition und die neuen Lehrstühle wurden auch unter dem Einfluss der Reeducation-Politik von der amerikanischen Besatzungsmacht errichtet oder protegert. Die ersten Lehrstuhlinhaber waren oft zurückgekehrte Emigranten – wie Bergstraesser in Freiburg, Fraenkel in Berlin oder Voegelin in München oder Brüning, der ehemalige Reichskanzler, in Köln. Berufen wurden auch „Fachfremde“ wie der Publizist und innere Emigrant Dolf Sternberger in Heidelberg oder der Verwaltungsjurist Theodor Eschenburg in Tübingen.

Ende der 50er und Anfang der 60er Jahre wurden dann an immer mehr Universitäten Lehrstühle für Politikwissenschaft errichtet und mit Vertretern der damals jüngeren Generation besetzt. Diese hatten in vielen Fällen in Nachbarfächern studiert und auch habilitiert, gewiss häufig mit politikwissenschaftlich interessanten Themen und Fragestellungen. Ein Musterbeispiel für diese Karrieren ist Karl Dietrich Bracher, Jahrgang 1922, der nach dem Krieg vorwiegend Alte Geschichte studiert hatte und dort auch sehr bald 1948 promovierte, dann aber in der Abteilung für Geschichte am Otto-Suhr-Institut für Politikwissenschaft in Berlin bei dem Historiker Hans Herzfeld mit seiner bahnbrechenden Arbeit über das Scheitern der Weimarer Republik 1955 habilitierte und dann 1959 auf den neuerrichteten Lehrstuhl für Politik und Zeitgeschichte an die Universität Bonn berufen wurde.

Die Besetzung des neugeschaffenen Erlanger Lehrstuhls für Politikwissenschaft ist ein Musterbeispiel für diese Zusammenhänge. Alle vorgeschlagenen Kandidaten hatten in Nachbarfächern habilitiert, sich aber Themen zugewandt, die politikwissenschaftlich relevant und von Interesse waren. Auf dem ersten Platz der Liste stand Wilhelm Hennis, von Hause aus Jurist mit Schwerpunkt Öffentliches Recht. Hennis hatte in Göttingen bei Rudolf Smend, einem sehr berühmten und politische Fragen integrierenden Staatsrechtler, promoviert. Da er in Erlangen nicht berufen wurde, ging er wenig später nach Freiburg. Aus der Schule von Smend stammte übrigens auch Horst Ehmke, der zwar akademisch im Öffentlichen Recht blieb, aber aktiv für die SPD in der Politik Karriere machte und lange Jahre Bundesminister war. An zweiter Stelle der Erlanger Liste stand der Tübinger Zeitgeschichtler Waldemar Besson. Auf dem dritten Platz stand der Philosoph Iring Fetscher, der 1959 ebenfalls in Tübingen bei den Philosophen Eduard Spranger und Otto Friedrich Bollnow mit einer Arbeit über Rousseau habilitiert hatte. 1963 wurde er dann auf den Lehrstuhl Politikwissenschaft mit Schwerpunkt Politische Philosophie und Sozialtheorie nach Frankfurt berufen. Warum das Münchener Ministerium sich für den zweiten Platz entschied, ist unbekannt. Die Liste war nicht stark abgestuft. Ob die Tatsache, dass Besson in Württemberg aktives CDU-Mitglied war, bei der CSU-geführten bayerischen Landesregierung eine Rolle gespielt hat, zumal Hennis und Fetscher als „SPD-

nahestehend“ galten, darüber kann man „spekulieren“. Vielleicht wollte das Ministerium aber auch nur wegen der Ausrichtung auf Lehrerbildung eher eine historische Akzentuierung des Lehrstuhls.

Bei aller fachlichen Differenzierung der drei Listenkandidaten und ihres unterschiedlichen politischen Engagements, sie waren völlig einer Meinung im Selbstverständnis der Politikwissenschaft. Politikwissenschaft sahen sie als normative Demokratiewissenschaft an. Es ging darum, das Versagen in der demokratischen Entwicklung in der deutschen politischen Geschichte, in der Philosophiegeschichte oder in der Staatsrechtslehre aufzudecken und die Demokratie in der deutschen Gesellschaft und Geschichte, in Staat und Parteien neu zu verankern. Insofern war der Zusammenhang mit dem Scheitern der Weimarer Republik und der Errichtung der NS-Diktatur sehr greifbar. So etwas sollte nie wieder passieren. Die Ausrichtung des neuen Faches auf politische Bildung im umfassenden Sinne war hier ebenso erkennbar wie die Wurzeln in den Intentionen der amerikanischen Reeducation-Politik.

Der hier angesprochene Zusammenhang zwischen Politikwissenschaft, politischer Bildung und Aufarbeitung der Epoche des Nationalsozialismus wurde uns als Studenten und Doktoranden der Zeitgeschichte doppelt bewusst nach der Welle der Hakenkreuzschmierereien, die es 1959/60 gab. Wir witzelten damals, wir gehen nachts über die Dörfer und malen Hakenkreuze, um anschließend von lokalen Volkshochschulen oder ähnlichen Institutionen angeheuert zu werden, um zeitgeschichtliche Aufklärungsvorträge über die Verbrechen der Nazis und die Notwendigkeit der Demokratie zu halten.

Das Selbstverständnis der damaligen Politikwissenschaft als normative Demokratiewissenschaft und ihre Ausrichtung auf die Ausbildung von Lehrern für Gemeinschaftskunde, Politikunterricht oder – wie es in Bayern hieß – Sozialkunde setzte die Schwerpunkte des Lehrangebotes, das in Erlangen auf Wesentliches konzentriert sein musste. Das Fach Sozialkunde konnte nämlich immer nur als drittes, als Zusatzfach, studiert werden. Von den Studierenden wurden durch die Prüfungsordnung begrenzte Stundenzahlen und Studienachweise verlangt. Inhaltlich ging es uns darum, ein „Leitbild der modernen

Demokratie“ zu vermitteln, die pluralistische Parteiendemokratie gegen die konservative Staatsrechtslehre zu begründen. Deklarierten die Konservativen den Staat als über den Parteien stehend und mit dem Recht ausgestattet, das Gemeinwohl unabhängig von den gesellschaftlichen Kräften zu definieren, so lehrten wir, dass das Gemeinwohl nur als Produkt eines demokratisch-pluralistischen, die unterschiedlichen Interessen integrierenden freien Prozesses der Willensbildung verwirklicht werden könne, wobei dieser Prozess freilich an die freiheitliche demokratische Grundordnung und den Respekt vor der Geltung der Grundrechte gebunden sein musste. Demokratie war demnach nicht – wie in der Weimarer Zeit – mit Volkssouveränität allein zu definieren, sie durfte nicht mehr wie damals als „relativistische“ Demokratie verstanden werden, die jede inhaltliche Bindung an letzte Grundwerte ablehnte.

Natürlich kam auch die Außenpolitik in Bessons Lehrkanon gebührend zur Geltung. Er hatte sowohl über die amerikanische als auch über die deutsche Außenpolitik wichtige Bücher geschrieben. Dabei stand neben klassischen Fragestellungen immer die Frage der Verteidigung und Stabilisierung der freien Welt im Mittelpunkt. Besson glaubte damals, mit den Mitteln seines Lehrstuhls das notwendige Lehrangebot voll abdecken zu können. Als er 1964/65 als Dekan der Philosophischen Fakultät amtierte, setzte er einen ersten Ausbauplan für die Fakultät durch, der zahlreiche neue Lehrstühle vorsah. Bezeichnenderweise rangierte ein zweiter Lehrstuhl für Politikwissenschaft in diesem Plan nur auf den hinteren Rängen.

Wer Politikwissenschaft als Demokratiewissenschaft akzentuierte und dabei gegen konservative Staatsvorstellungen und gegen den tradierten und weit verbreiteten Antiparteienaffekt die Notwendigkeit politischer Parteien als tragende Elemente einer demokratisch-freiheitlichen Gesellschaft betonte, dem setzten diese Thesen auch Normen für das eigene politische Verhalten. Die überhebliche Forderung, dass der Wissenschaftler über den Parteien zu stehen habe, kehrte sich um in das Postulat, trotz aller Gültigkeit der Forderung nach größtmöglicher wissenschaftlicher Objektivität, sich als aktiver Bürger zu engagieren und an den politischen Willensbildungsprozessen – in welcher Form auch immer – teilzunehmen. Waldemar Besson war in Württemberg aktives Mitglied der dortigen CDU gewesen. In Erlangen trat er zwar nicht in die

CSU ein, aber er agierte in diesen Jahren durchaus aktiv politisch - z. B. als Fernsehkommentator. Alle vierzehn Tage gab er im ZDF den Kommentar der Woche. Er wechselte sich mit Thomas Ellwein ab, der mit guten Gründen der SPD zugeschrieben wurde. Besson galt dem konservativen Lager, der CDU, zugehörig, wurde dort aber dem eher liberalen Flügel zugerechnet. In seinen Kommentaren zur Woche gab er diesen Grundüberzeugungen Ausdruck. Ich erinnere mich noch genau, dass er sogar nach der Spiegelkrise erwog, die Partei zu wechseln und der SPD beizutreten. Wir, seine Assistenten Wolf-Dieter Narr und ich, rieten ihm mit dem Argument ab, er könne mit seinen Positionen in der CDU mehr bewirken, wenn er dort aktiv bliebe. Wir aber traten damals – durchaus mit seiner Zustimmung – in die SPD ein. Ausschlaggebend war die bayerische Landtagswahl kurz nach der Spiegelkrise und der erzwungene Rücktritt des Verteidigungsministers Franz Josef Strauß. Wir alle hatten erwartet, dass auch bei der Landtagswahl Strauß seine Abrechnung erhalten würde und waren überrascht und entsetzt, dass die CSU bedeutende Gewinne einfuhr, die Wähler in Bayern offensichtlich falsch reagierten. Unsere Konsequenz daraus war der Eintritt in die SPD. Man musste die Opposition stärken.

Hintergrund dieses politischen Schrittes war das Ideal eines Zweiparteiensystems in einer parlamentarischen Verfassungsordnung mit seinem regulierenden Wechsel von Regierungsverantwortung und Opposition. Ein solches System setzte nach unserer damaligen Erkenntnis voraus, dass die SPD – wollte sie Volkspartei werden – mehr als eine reine Arbeiterpartei sein musste, dass sie „bürgerliche“, sozial nicht zur Arbeiterschaft gehörende Mitglieder brauchte. Darum traten wir ein und stützten damit den Öffnungskurs, den die SPD ja 1959 im Godesberger Programm auch proklamiert hatte.

Ich habe diesen Schritt hier erwähnt, weil er typisch war für das demokratische Selbstverständnis der damaligen jungen Politikwissenschaft. Als Demokratiewissenschaft forderte sie politisches Engagement und Bekenntnis. Außerdem war dieser Schritt zugleich ein Dokument des damals bei uns geltenden Ideals des Zweiparteiensystems nach angelsächsischem Vorbild. Wir wollten den sich anscheinend anbahnenden Prozess der Parteienkonzentration unterstützen und zogen daraus die persönlich notwendige Konsequenz, die

geforderte Erweiterung der sozialen Basis der SPD – in Wählerschaft und Mitgliedschaft – durch unseren Beitritt zu untermauern. Ob wir damals auch zur Einführung eines Mehrheitswahlrechtes tendierten, ist mir nicht erinnerlich. Ich glaube eher nicht, auf jeden Fall waren wir energische Befürworter der Fünf-Prozent-Klausel.

Die frühen 60er Jahre waren eine Zeit der Reformen – insbesondere im Bereich der Bildung, der Schulen und Hochschulen. Besson war sehr engagiert bei der Universitätsreform. Er war Mitglied der Gründungskommissionen der Universität Regensburg und der Universität Konstanz. Er erhielt einen Ruf nach Konstanz auf einen der ersten Lehrstühle. Wir Assistenten bedrängten ihn sehr, diesen Ruf anzunehmen, um die konzipierte Hochschulreform vor Ort nun auch zu realisieren. Er nahm den Ruf an und wurde beim Start der Universität Konstanz am 1. April 1966 gleich ihr erster Vizepräsident, neben dem hauptamtlichen Präsidenten Hess. In seinem Gefolge ging auch ich mit nach Konstanz und übernahm dort die politikwissenschaftliche Abteilung im neugeschaffenen Forschungszentrum für Bildungsforschung. Ich widmete mich dort in Zusammenarbeit mit Bildungssoziologen und Schulpsychologen der Analyse der Schulpolitik. Ich wandte mich also einem besonderen Feld der Politik zu, heute würde man sagen, ich betrieb Policy-Forschung. Der Differenzierungsprozess der Politikwissenschaft, die Ablösung ihrer Reduktion auf politische Bildung, deutete sich hier gleichsam biographisch an. Nach drei Jahren, 1969, verließ ich Konstanz, weil ich – noch ohne Habilitation – aufgefordert wurde, mich an der Göttinger Pädagogischen Hochschule um einen Lehrstuhl für Politikwissenschaft zu bewerben. Da gleichzeitig an den Pädagogischen Hochschulen in Hannover und Münster Lehrstühle ausgeschrieben wurden, schickte ich meine Bewerbungsunterlagen auch dorthin und wurde zu allen dreien zum „Vorsingen“ eingeladen. Der Erfolg war, dass ich gleich zwei Rufe – nach Hannover und Münster – erhielt. Ich erzähle das hier nicht, um meine Qualifikation zu unterstreichen, sondern um die einmalige Situation zu charakterisieren, in der wir Nachwuchsleute Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre uns befanden. Ich war kurz vor meinem 35. Geburtstag, nicht habilitiert und bekam gleich zwei Rufe. Es wurden damals zahlreiche neue Lehrstühle ausgeschrieben, um die sich maximal acht bis zehn Bewerber bewarben – oft dieselben, so dass wer in A nicht zum Zuge

kam, dann den Ruf nach B erreichen konnte. Wenn man damit die heutige Bewerbersituation vergleicht, wird einem bewusst, in welcher einmalig günstiger Berufssituation wir in unserer Zeit in die Hochschullehrerkarriere starten konnten. Nach viereinhalb Jahren verließ ich Münster wieder und folgte dem Ruf auf den Erlanger Lehrstuhl, den ich als Assistent 1961 – 1966 mit aufgebaut hatte.

Über die Jahre 1966 – 1974 am Erlanger Institut für Politische Wissenschaft kann ich darum hier nicht berichten – das müssten aus unserer Kreise die Herrn Lenk und Tudyka tun, die ich hier ausdrücklich begrüße. Es waren unruhige Zeiten, zumal die Institute für Politik und Soziologie die Zentren der studentischen Revolte waren. Die Nachwehen bekam ich 1974 bei meinem Wiederbeginn in Erlangen noch deutlich zu spüren. Nach längerer Vakanz war das Institut mehr oder weniger fest in der Hand linker Studenten- und Assistentengruppen. Die „Marxistische Gruppe“ gab vielfach den Ton an. Ich erinnere mich noch lebhaft an meinen Vorstellungsbesuch im Institut noch kurz vor meiner Ernennung. Im ungenutzten Ordinarienzimmer saßen etliche Studierendenvertreter und die Assistenten; sie stellten sich mir vor: ich bin der Peter, ich die Konstanze... Sie sagten nicht ausdrücklich „Genosse Peter“ und „Genosse Konstanze“, um die intendierte politische Vereinnahmung nicht allzu deutlich zu machen. Ich unterbrach und fragte dezidiert: „Und wie heißen Sie mit Nachnamen, damit ich Sie korrekt anreden kann?“ Damit waren die Fronten und Grenzen klar.

Bei der Besetzung einer neu geschaffenen Akademischen Ratsstelle mit einer Absolventin aus dem Institut gab es keine Konflikte, aber als ich eine freie Assistentenstelle mit einem auswärtigen, mir von Hans Mommsen empfohlenen Kandidaten besetzen wollte, kam es zu erheblichen Konflikten, da ich mich weigerte, einen von der Marxistischen Gruppe empfohlenen Bewerber aus Erlangen zu berücksichtigen, zumal ich zwei – eher links orientierte Stelleninhaber – schon übernommen hatte. Doch gab es nicht nur Konflikte mit den „linken“ Studenten, sondern auch große Probleme mit der Universitäts- und Ministerialverwaltung, als ich einen „linken“ Assistenten weiterbeschäftigen wollte, gegen den die Verwaltung verfassungsrechtliche Bedenken auf Grund des neuen Radikalenerlasses, die meines Erachtens haltlos

waren, geltend machte. Offensichtlich hatte die Verwaltung gehofft, dass ich den nur in einem faktisch vertragslosen Verhältnis beschäftigten Assistenten nicht weiterbeschäftigen wolle, um so alle Konflikte zu umgehen. Ich erinnere mich noch lebhaft, dass bei meinem Dienstantrittsgespräch mit dem Rektor Ilschner, dieser sich erkundigte, wie ich diesen Personalfall zu entscheiden gedächte. Als ich antwortete, ich wolle den betreffenden Assistenten ordentlich einstellen, war sein Kommentar lapidar: „Das fällt auf!“ Es würde zu weit führen, die Details hier noch weiter zu berichten, die Hinweise mögen reichen, um die Stimmung und das Klima zu charakterisieren, in der ich 1974 die Leitung des Instituts für Politik in Erlangen übernahm.

Im Lehrbetrieb beherrschten immer noch die Lehramtskandidaten das Feld. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hatten wir pro Prüfungstermin im Frühjahr und Herbst sehr viele – bis zu fünfzig oder sechzig – Examenskandidaten. Die stark gestiegenen Zahlen der Studierenden an der Universität insgesamt – von 9.300 im Jahr 1964 auf 17.300 im Jahr 1978 – und das überproportionale Wachstum im Fach Sozialkunde drückten sich hier aus. Darum setzte nach meiner Berufung 1974 ein starker Ausbau auch im Personal des Instituts ein. In meinen Berufungsverhandlungen hatte ich eine zusätzliche C 3-Professur und eine Akademische Ratsstelle erfolgreich durchgesetzt. Die C3-Professur wurde zunächst mit Frau Schmiederer, die zeitweise den Lehrstuhl vertreten hatte, besetzt, nachdem ich mit Unterstützung meines soziologischen Kollegen Mangold in der keineswegs begeisterten Fakultät die zur Stellenbesetzung notwendige Habilitation durchgesetzt hatte. Frau Schmiederer ging dann aber nach Oldenburg, so dass 1975 der in Konstanz habilitierte Kollege Ganslandt auf diese Stelle berufen wurde, die er mit großem Echo bei den Studierenden und hohem Respekt bei den Kollegen in der Fakultät bis zu seinem frühen Tod Anfang der 90er Jahre wahrnahm.

Der Ausbau des Faches ging aber weiter. 1977 wurde eine zweite C 3-Professur, die wir dem Schwerpunkt Internationale Politik widmeten, geschaffen. Auf sie wurde Herr Kollege von Krosigk berufen. 1978 folgte dann die Besetzung des neu errichteten zweiten Lehrstuhls, die außerordentlich umstritten war. Einmal entstand dieser Lehrstuhl faktisch aus einer Umwidmung des Lehrstuhls für Religions- und Geistesgeschichte, den jahrzehntelang der ge-

rade emeritierte Kollege Schoeps, für den der Lehrstuhl seinerzeit geschaffen worden war, innegehabt hatte. Schoeps wehrte sich deshalb mit allen Mitteln gegen dieses Auslaufen seines Lehrstuhls, hatte auch formal einige Erfolge, doch letztlich wurde sein Lehrstuhl wenig später eingezogen und der neue Lehrstuhl Politikwissenschaft übernahm einige Sonderfunktionen des Schoeps'schen Lehrstuhls. Viel gravierender war jedoch der Konflikt um die Konkordatsbindung dieses Lehrstuhls, die im Zusammenhang mit der Entkatholisierung der Pädagogischen Hochschulen von der katholischen Kirche Ende der 60er Jahre durchgesetzt worden war und die u.a. vorsah, dass in Erlangen je ein Lehrstuhl für Philosophie und Pädagogik sowie in den Sozialwissenschaften nur besetzt werden durfte, wenn der zuständige Bischof gegen den Kandidaten vom katholisch-kirchlichen Standpunkt keine Einwände erhoben hatte.

Ich erinnere mich noch lebhaft an den Beginn der Vorstellungsvorträge der Bewerber, als die Studenten mit brennenden Kerzen und Pseudoordenskleidern Lieder summend in den Vorlesungsraum einzogen und statt des angesetzten Vorstellungsvortrages eine Diskussion über die Konkordatsbindung verlangten. Herr Gebhardt wird als Betroffener diese Situation noch gut im Gedächtnis behalten haben. Es gelang, der Forderung der Studenten für 15 Minuten nachzugeben, die nicht gewünschte, aber rechtlich für die Universität zwingende Konkordatsbindung auch in ihrer begrenzten Reichweite zu erläutern und dann den Vortrag von Herrn Gebhardt auch in Anwesenheit der meisten Demonstranten störungsfrei ablaufen zu lassen.

Der Einmann-Lehrstuhl aus den sechziger Jahren, den ich 1974 übernommen hatte, war demnach bis 1978 zu einem Institut mit vier Professorenstellen angewachsen. 1981 folgte dann noch eine Professur für Didaktik der Sozialkunde, die Herr Kollege Rothe lange Zeit wahrnahm, und 1983 als Spezialstelle im interdisziplinären Schwerpunkt „Naher Osten“ die Professur für Politik und Zeitgeschichte des Nahen Ostens, auf die 1984 Herr Kollege Schölich und dann - nach dessen frühem Tod - 1988 Herr Kollege Philipp berufen wurde. Der Ausbau des Faches durch die Aufstockung der Professuren wurde begleitet von einer völligen Umstrukturierung der Zusammensetzung der Studierenden. Die Anzahl der Lehramtsstudenten ging rapide zurück. Es kam

hier in den 80er Jahren zu einem völligen Zusammenbruch. Ursache war einmal der Rückgang der Lehramtstudierenden generell, aber speziell im Fach Sozialkunde. Die offenkundig politisch motivierte Teilung des alten Faches Sozialkunde in zwei selbständige Schulfächer - das opportune eher unpolitische Fach „Wirtschaft und Recht“ und das „linksverdächtige“ „Rest“-Fach Sozialkunde mit Soziologie und Politikwissenschaft - wirkte sich katastrophal aus. Da das „reduzierte“ Fach Sozialkunde nur im 10. Schuljahr mit geringstmöglicher Stundenzahl angeboten wurde, brach der Lehrerbedarf für dieses Fach völlig zusammen – zumal angesichts der hohen Zahlen der Absolventen in den Jahren zuvor.

Die Studierendenzahlen am Institut gingen gleichwohl nicht zurück, aber jetzt füllten die Magister- und dann auch die Diplomstudierenden die Hörsäle und Seminarräume. Dabei ist festzuhalten, dass die Magisterstudiengänge anfänglich völlig ohne spezifisches Profil in den beliebigsten Fächerkombinationen und ohne eine bestimmte Berufsfeldorientierung nur gemäß der selbstgewollten Spezialisierung und Schwerpunktbildung der Studierenden studiert wurden. Die im Studium erworbenen allgemeinen Fähigkeiten mussten sich dann in den unterschiedlichsten Berufsfeldern bewähren. Ob die sehr strikte Orientierung auf sehr spezifische Berufsfelder, die die gegenwärtige Studienstruktur der Bachelor- und Masterstudiengänge beherrscht, angesichts der dynamischen Entwicklungen im Arbeitsmarkt demgegenüber besser ist, will ich hier ausdrücklich dahingestellt sein lassen, aber zumindest als Frage formulieren.

Die Frühgeschichte habe ich mit diesen Ausblicken auf die achtziger und neunziger Jahre längst verlassen, aber zugleich damit deutlich machen können, wie fern diese Frühgeschichte uns gerückt ist. Im Selbstverständnis der Politikwissenschaft stehen heute die Analysen vielfältiger Politikfelder und Politikregionen. Sie ist nicht mehr konzentriert auf einen normativen Demokratiebegriff und primär ausgerichtet auf politische Bildung im Sinne einer gesellschafts- und bewusstseinsmäßigen Verankerung der Demokratie in Deutschland mit – darin konsequent – starker Fokussierung auf Lehrerbildung. Diese Phase ist abgeschlossen, um nicht zu sagen überwunden, „vergangen und aufgehoben“.

Gleichwohl bleibt ein wichtiger zentraler Zusammenhang zu bedenken. Auch eine ausdifferenzierte und mit umfassenden Fragestellungen alle möglichen Politikfelder und Politischen Systeme analysierende Politikwissenschaft kann nur arbeiten, kritisieren, beraten oder Vorschläge machen, wenn sie in einer wirklich freien und rechtsstaatlich verfassten politischen Ordnung lebt. Auf dieser Ebene bleiben die Gemeinsamkeiten und die Zusammenhänge zwischen Politischer Wissenschaft einerseits und freiheitlich rechtsstaatlicher Demokratie andererseits im positiven Sinne „aufgehoben“. Aber damit gebe ich an Herrn Kollegen Gebhardt weiter.

Jürgen Gebhardt

Anspruch und Wirklichkeit einer Wissenschaft von der Politik

Die Kolleginnen und Kollegen des Instituts waren so freundlich mich einzuladen, anlässlich unseres Institutsjubiläums zu sprechen. Ich nehme an, sie wussten, was sie tun, aber sie sind natürlich mitnichten verantwortlich für das, was ich sage. Was ich hier vortrage, beschränkt sich auf einige Gedanken zu Prinzipienfragen, unsystematisch verknüpft mit Betrachtungen zur Lage unseres Faches in der deutschen Gegenwart.

Ich beginne mit einigen Beobachtungen, die unmittelbar an die Gründungsgeschichte der deutschen Politischen Wissenschaft in Erlangen und Westdeutschland anschließen. Wilhelm Bleek hat in seiner Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland das geschichtliche Material en detail durchgearbeitet, Hans J. Lietzmann und eine ganze Reihe weiterer Autoren haben erhellende Spezialstudien zum Thema vorgelegt.¹ Ich beschränke mich auf den spezifischen Charakter des Aufbaus der nationalen Politischen Wissenschaft in Deutschland, der in gewissem Sinn die Entwicklungspfade des Unternehmens präformiert hat. Die Einrichtung der ersten Lehrstühle verdankte sich dem Zusammenwirken von amerikanischen Militärbehörden, der Kulturverwaltungen, der Universitäten und Vertretern der verschiedenen

1 Wilhelm Bleek, Geschichte der Politikwissenschaft in Deutschland, München 2001; Wilhelm Bleek - Hans J. Lietzmann (Hrsg.), Schulen in der Deutschen Politikwissenschaft, Opladen 1999; Gerhard Göhler - Bodo Zeuner (Hrsg.), Kontinuitäten und Brüche in der deutschen Politikwissenschaft, Baden-Baden 1991.

wissenschaftlichen Disziplinen. Entscheidend war jedoch bei alledem der bildungspolitische Auftrag einer breitgefächerten Erziehung zur Demokratie, der bereits ab 1949 zur Einführung von schulischer Gemeinschafts- oder Sozialkunde in einigen Ländern geführt hat. Es sei an die Resultate einer unveröffentlichten, amerikanisch initiierten Omgusstudie 1949 erinnert: Nur ein Drittel der Befragten war bereit für eine Verfassung zu stimmen, ein Drittel lehnte eine Verfassung ab und ein weiteres Drittel äußerte neutrale Skepsis. Alle Pläne für ein Verfassungsreferendum hatten sich damit erledigt, es hätte keine Mehrheit gegeben. Die Erziehung der Jugend zu mündigen Staatsbürgern als entscheidender Schritt zur Formung einer politischen Bürgerkultur war zumindest nach Ansicht der Amerikaner und westlich geprägter Intellektueller dringend geboten und die genuine Aufgabe jener Wissenschaft, die in westlichen Demokratien als theoretische und praktische Leitwissenschaft die Sinn- und Ordnungsgehalte einer demokratischen *civic culture* repräsentierte.

„Die Wissenschaft von der Politik ist die demokratische Wissenschaft par excellence“, schrieb Ernst Fraenkel, einer der Gründungsväter des Faches in Deutschland.² Das stieß auf den Widerstand nicht nur der traditionellen Leitwissenschaften, Geschichts- und Rechtswissenschaft, die einem Universitätsfach Politik kritisch gegenüberstanden. So sprach sich auch Waldemar Besson ursprünglich für die akademische Verankerung des politischen Unterrichts in der Geschichtswissenschaft aus.³ Politische Wissenschaft wurde nicht als eine eigenständige, autonome Wissenschaft akzeptiert, sondern als „eine Art Kompendium einzelner, einschlägiger Fachwissenschaften, die ‚im Politischen‘ integriert werden sollen“⁴. So sprach man von „Politischen Wissenschaften“ (Ökonomie, Recht, Geographie, Länderkunde etc.) wie es in der Gründungsurkunde der Münchener Hochschule für Politische Wissenschaften 1949 hieß, wobei man sich auf Vorbilder wie die alte Hochschule für Politik in Berlin berufen konnte. Die grundsätzliche Skepsis gegenüber einer

2 Zit. n. Bleek, Politikwissenschaft, 281.

3 Ebda., 321.

4 Alfred Jüttner (Hrsg.), Die Hochschule für Politik München, München 1990, 41.

„Wissenschaft auf der Suche nach ihrem Gegenstand“ wurde im Laufe der Jahre gemildert, doch sie war wissenschaftsgeschichtlich prägend, verhinderte sie doch den Aufstieg der deutschen Politischen Wissenschaft in eine gesellschaftliche Leitfunktion, die der Rolle des Faches in den anglophonen Demokratien und in Frankreich in etwa entsprochen hätte. Die Konzentration auf politische Bildung entsprechend dem politischen Programm der deutschen Landesregierungen war für die Entwicklung der Politischen Wissenschaft auch mit und nach der Etablierung des Universitätsfaches bedeutsam. „Es ist der westdeutschen Politikwissenschaft niemals und von allem Anfang an nicht gelungen, ihren Anspruch auf eine Mitwirkung bei der Ausbildung des deutschen Verwaltungsapparates zu sichern“, schreibt Lietzmann. Und er fährt fort: „Die Aufrechterhaltung des Juristenprivilegs für den Zugang zum öffentlichen Dienst ist somit im negativen Sinn entscheidend mitverantwortlich für die Festlegung der Politikwissenschaft auf politische Bildung. Denn das zweite wichtige Ausbildungsfeld blieb der deutschen politikwissenschaftlichen Profession strikt verschlossen. Die politische Bildung nur der Staatsbürger, aber nicht die politikwissenschaftliche Ausbildung der Regierenden, der Staatsverwaltung, als Ziel der akademischen Lehre ist dabei – europaweit und in der westlichen Welt – bekanntlicherweise durchaus nicht die Regel“⁵. Ich selbst wurde noch vor einigen Jahren, als Vorstandsmitglied der DVPW, nach einer entsprechenden Initiative vom zuständigen Bonner Referenten dahingehend belehrt, dass allein ein rechtswissenschaftliches Studium jene Schlüsselqualitäten vermitteln würde, welche nach der Bundeslaufbahnverordnung für den höheren Dienst gefordert werden. Ein Gang durch die bayerischen Ministerien beweist, dass das Juristenprivileg nach wie vor seine Wirkung tut.

Die hier skizzierte Gesamtlage drückt sich in der Idee einer Demokratiewissenschaft aus, als welche die politische Wissenschaft in den Gründerjahren verstanden wurde. Ursprünglich war dies von Rainer M. Lepsius in einem Gutachten über die Lage des Faches 1961 noch abwertend im Sinn einer

5 Hans J. Lietzmann, „Politikwissenschaft in der Bundesrepublik Deutschland“, in: Hans J. Lietzmann - Wilhelm Bleek (Hrsg.), Politikwissenschaft - Geschichte und Entwicklung, München 1996, 38-76, hier 41.

„Konformitätslehre“ gemeint, um diese vom wissenschaftlichen Charakter des Faches abzugrenzen. Denn wie er schrieb, „der Aspekt der staatsbürgerlichen Erziehung“ allein biete der „Entfaltung der politischen Wissenschaft keine ausreichende Grundlage“.⁶ Diesem Einwand trug ein Memorandum (1965) Eric Voegelins Rechnung, das den Gegenstandsbereich der politischen Wissenschaft konzeptionell durch vier große Zivilisationsblöcke (d.h. die antike, westliche, ostasiatische und islamische Zivilisation) definierte, die in Forschung und Lehre zumindest prinzipiell vertreten werden sollten. Das Memorandum orientierte sich programmatisch an der London School of Politics and Economics sowie an der departmentalen Organisation der großen amerikanischen *Research Universities*. Ein solcher Vorschlag für ein politikwissenschaftliches Zentralinstitut mit interzivilisatorischer Ausrichtung fand allerdings seinerzeit keine Zustimmung bei den Kultusbehörden und auch bei vielen Kollegen, widersprach es doch grundsätzlich der Festlegung des Faches auf die politische Bildung.

Die Konsolidierung des Faches, institutionell durch die Vorgabe einer Minimalausstattung mit Professuren eingeleitet und durch eine entsprechende Professionalisierung des Faches in Forschung und Lehre verfestigt, hat die Disziplinen in einen Zustand institutioneller sowie theoretisch-methodischer Lethargie und Selbstgenügsamkeit geführt. Institutionell drückt sich dies in der Tatsache aus, dass es in Deutschland nicht gelungen ist, etwa im Sinne von Voegelins Vorstellungen, international renommierte politikwissenschaftliche Zentren zu schaffen, die in Personal- und Sachausstattung dem Department einer amerikanischen *Research University* oder der *Sciences Po* entsprechen und in Forschung und Lehre die globale Erscheinungsform des Politischen widerspiegeln würden. Politikwissenschaft wird in Deutschland nach wie vor kleinteilig betrieben und tut sich daher schwer, im internationalen Wettbewerb mithalten. „(Z)um Ausweis ihrer zeitgemäßen Wissenschaftlichkeit“ schreibt Bleek, „bemühte sich die bundesdeutsche Politikwissenschaft seit den achziger Jahren um eine entschiedene Profilierung ihrer theoretischen Anstrengungen und ihres methodologischen Instrumentariums als

6 Zit. n. Lietzmann, Politikwissenschaft, 40.

einer ‚modernen Sozialwissenschaft‘“.⁷ Eine solche Richtungsentscheidung impliziert jedoch letztlich die Aufgabe der wissenschaftlichen Autonomie der Disziplin und das zeigt sich in der heute vorherrschenden theoretischen Bescheidenheit. Denn hieraus resultiert der Verzicht, die Politik als den Gegenstand der Politischen Wissenschaft derart zu bestimmen, dass das Politische als die primäre Realität der menschlichen Existenz in Gesellschaft und Geschichte in den Blick kommt.⁸ Die professionelle Politologie praktiziert vorwiegend ein Wissenschaftsverständnis, das Klaus von Beyme wie folgt formuliert; „ ‚Politik‘ als Königswissenschaft gibt es nicht mehr, sie muss sich damit begnügen, ‚Teil einer Teilbereichssoziologie‘ zu sein, weil sie vielfach nur mit anderen Methoden (historisch-genetischen, institutionellen) den gleichen Gegenstand beackert.“⁹

Die Konsequenz für das theoretische Profil gerade der deutschen Politikwissenschaft, aber nicht nur für diese, bedeutet letztlich, dass die der gesellschaftlichen Realität impliziten sozialwissenschaftlichen Grundprobleme, d.h. die gesamtgesellschaftlich relevanten und alle Teilsysteme in ihrem Zusammenhang bestimmenden Ordnungsprobleme nunmehr in der Soziologie der theoretischen Reflexion unterzogen werden. Denn, so erklärt Jürgen Habermas, nur die Soziologie habe „als einzige der sozialwissenschaftlichen Disziplinen den Bezug zu Problemen der Gesamtgesellschaft behalten“. Eine politische Wissenschaft mit empirischer Ausrichtung befaße sich mit der Politik als einem gesellschaftlichen Teilsystem und entlaste sich von der Aufgabe, die Gesellschaft als Ganzes zu konzipieren.¹⁰ So hält es mancher Sozialwissenschaftler, was das Politische angeht, eher mit Luhmann, der den Begriff des Politischen und der politischen Gesellschaft als ‚Begriffsdisposition der alteuropäischen Semantik‘ evolutionslogisch begriffen und damit aus

7 Bleek, Politikwissenschaft, 375.

8 Vgl. Jürgen Gebhardt, „Was ist der Gegenstand einer empirisch-hermeneutischen politischen Theorie?“, in: Michael Th. Greven - Rainer Schmalz-Bruns (Hrsg.), Politische Theorie Heute, Baden-Baden 1999, 101-119.

9 Klaus von Beyme, Theorie der Politik im 20. Jahrhundert, Frankfurt 1991, 342.

10 Jürgen Habermas, Theorie des kommunikativen Handelns I, Frankfurt a. M. 1981, 18.

der Selbstbeschreibung der Gesellschaft eliminiert hat.¹¹ Die normale Wissenschaft des *main streams* arbeitet natürlich durchaus erfolgreich mit einem vorgegeben weberianisch grundierten Politikverständnis, das sich analytisch mit der Übernahme englischer Termini „as auxiliary mechanisms“ in Gestalt einer Differenzierung von Politik in ‚Polity‘, ‚Politics‘ und ‚Policy‘ bescheidet¹², damit aber eine durchaus beeindruckende, jedoch ausschließlich systemimmanente und sektoral definierte Forschungspraxis festschreibt. Dies birgt die „Tendenz zur Desintegration des Faches, das heißt aber, einer theoretisch noch integrierbaren Sicht des Politischen, in sich“. „Was das Politische in seiner besonderen historischen und gesellschaftlichen Qualität heute ausmacht, weiß am Ende keiner mehr und will es auch nicht wissen - mag er oder sie nun als Politiker oder als Politikwissenschaftler tätig sein.“ So Michael Greven unter der Überschrift „Die Allgegenwart des Politischen und die Randständigkeit der politischen Wissenschaft“.¹³

Warum sollte man sich nun über eine solche Randständigkeit erregen - belassen wir es dabei. Aber so einfach ist das nicht. Wenn nicht nur in Deutschland zunehmend eine Reflexion auf die Grundlagen des Faches hin eingeklagt wird, dann wird deutlich, dass es um die intellektuelle Dignität eines Faches mit großer Tradition in der Geschichte des westlichen politischen Geistes geht. „Today the traditional terms of reference of politics as a discipline, and of political theory in particular, appear under strain. [...] At issue is the coherence of the idea of the political“¹⁴, stellt David Held fest. Eine solche Aussage ohne weitere Qualifikation führte manche in die Irre, das heißt zurück in die Gespensterwelt der deutschen Vergangenheit, also zu Carl Schmitt. Das Eigentümliche des Schmittschen Politikbegriffs und dessen Rekurs auf eine letztlich

11 Niklas Luhmann, *Die Gesellschaft der Gesellschaft*, Frankfurt 1997, 961ff.

12 Arnold J. Heidenheimer, „Politics, Policy and Policity as Concepts in English and Continental Languages“, in: *Review of Politics* 48, No. 1, 4-30.

13 Michael Th. Greven, „Die Allgegenwart des Politischen und die Randständigkeit der Politikwissenschaft“, in: Claus Leggewie (Hrsg.), *Wozu Politikwissenschaft?*, Darmstadt 1994, 285-296, hier 287.

14 David Held, „Editor’s Introduction“, in: David Held (Hrsg.), *Political Theory Today*, Oxford 1991, 1-21, hier 5.

unauflösbare gewaltbedingte Konfliktsituation im Freund-Feindverhältnis liegt in der Intention Schmitts, den Ordnungsanspruch des Weimarer konstitutionellen Regimes zu unterminieren und schließlich zu zerstören.¹⁵ Schmitt, so deute ich ihn, hat begriffen, dass die konstitutionelle Ordnung historisch, theoretisch und praktisch unmittelbar verknüpft ist mit der traditionsgeschichtlich fundierten Idee einer bürgerschaftszentrierten Zivilpolitie, wie sie sein Kontrahent Heller vertrat: „Politik heißt die Ordnung des Zusammenwirkens menschlicher Gegenseitsbeziehungen aller Art. [...] Zweck der Politik ist also, die Ordnung der gesellschaftlichen Beziehungen, Gesellschaftsgestaltung.“ So ist „der nächste Zweck der Politik [...] Ordnung um der Ordnung willen, möglichst unter Ausschaltung des physischen Zwangs, der Gewalt.“¹⁶ In Hellers Formulierung kommt jener Politikbegriff zum Vorschein, der jenseits der spezifischen Konstitutionsprobleme einer Disziplin, aber nicht in Gegensatz hierzu, die gesamtgesellschaftliche Ordnungslogik des republikanisch-konstitutionellen Ordnungsparadigmas ausdrückt. Und, so sei hinzugefügt, ihrer Substanz nach mittelbar auf den Gründungsakt der Wissenschaft von der Politik als einer leitenden und alle praktischen Wissenschaften architektonisch überwölbenden Wissenschaft Bezug nimmt, einer Politischen Wissenschaft, deren Zweck und Ziel „das agathon des Menschen“, die optimale Aktualisierung seiner Existenz in der Polis-Gemeinschaft, wie es bei Aristoteles heißt, ist. Wer mich kennt, weiß, ohne die Alten geht es nicht. Mehr hierzu in meiner abschließenden Betrachtung.

Der Anspruch der Politischen Wissenschaft auf die gesellschaftliche Rolle eine Ordnungs- und Leitwissenschaft geht natürlich über die Frage nach den essenziellen Grundlagen einer Disziplin hinaus, ist aber durchaus hiermit verknüpft. Die geschichtliche Emergenz dessen, was ich das moderne republikanisch-konstitutionelle Ordnungsparadigma genannt habe, in den revolutionären Prozessen der Neuzeit bezeugt die Gestaltungsmacht eines Ordnungsdenkens, das seine Kraft aus der Idee eigenständiger, bürgerlicher

15 Jürgen Gebhardt, „Auf der Suche nach dem Politischen“, in: Michael Th. Greven u. a. (Hrsg.), Bürgersinn und Kritik, Baden-Baden 1998, 15-27, hier 19-21.

16 Zit. n. Bleek, Politikwissenschaft, 218.

Handlungskompetenz in öffentlichen Angelegenheiten schöpfte. Das Paradigma umschrieb knapp gesagt das Folgende: Die Legitimität eines politischen Gemeinwesens gründet in dem ordnungspolitischen Zusammenwirken von Gerechtigkeit, Recht und Gesetz (die Solonsche Trias) in einer auf politische Freiheit und Selbstregierung hin konzipierten bürgerschaftlichen Ordnung. Das Paradigma hatte seinen historischen Vorlauf in der scholastisch restituierten Politischen Wissenschaft und deren Anverwandlung an die italienische Stadtkultur, die im Werk der italienischen Schüler des Thomas vollzogen wurde. Im *regimen politicum*, von dessen Bürger gesagt wird: ‚et si non est civis non est homo‘ (Remigius von Florenz), vollendet sich eine irdische ‚*felicitas politica*‘ (Ptolomaeus von Lucca) - *public happiness* oder Bürgerglück in der Sprache des 18. Jahrhunderts - diesseits der eschatologischen Verheißung ewiger Seligkeit.¹⁷ Das *dominium politicum et regale* definiert den konstitutionellen Charakter der englischen Monarchie in John Fortescue’s *De laudibus legum Anglie* (ca. 1460); es wird zu einem politischen Schlüsselbegriff im italienisierten englischen Denken.

Die Leitideen der englischen Revolution (ich nenne nur Harrington und die klassischen Republikaner und ihre Whiggistischen Nachfolger) und der amerikanischen Revolution sind der „*divine science of politics*“ verpflichtet, wie Gründungsvater John Adams es nannte: „[...] as the *divine science of politics* is the science of social happiness, and the blessings of society depend entirely on the constitutions of government [...] there can be no employment more agreeable to a benevolent mind than a research after the best.“¹⁸ „Washington, Hamilton, Adams, and Jefferson all stressed the central importance of the study of the science of politics and the science of government to the work they were engaged in of creating a new nation.“¹⁹ Wie immer diese Politische Wissenschaft im Einzelnen interpretiert wurde, sie bestimmte und

17 Jürgen Gebhardt, „Der bürgerschaftliche Begriff des Politischen: Ursprünge und Metamorphosen“, in: Roland Kley - Silvano Möckli (Hrsg.), *Geisteswissenschaftliche Dimensionen des Politischen*, Bern 2000, 139-162, hier 154.

18 John Adams, „Thoughts on Government“, *Works IV*, Boston 1851, 193.

19 Samuel P. Huntington, „One Soul at a Time: Political Science and Political Reform“, in: *American Political Science Review* 82, 1, 1988, 3-10, hier 6.

bestimmt das amerikanische Selbstverständnis, aber: Politische Wissenschaft und amerikanische Zivilreligion durchdringen einander. „There is no American science of politics“ kommentiert Huntington, „there is a democratic science of politics, which developed first and fullest in the United States because the United States was the first and fullest democracy in the modern world. That science is a universal science to the extent that democracy is a universal system of government.“²⁰ Dieser universale Geltungsanspruch der Politischen Wissenschaft als Leitwissenschaft erklärt, auch mit Blick auf Deutschland, warum die Amerikaner auf die Institutionalisierung der Politischen Wissenschaft drängten: „the development of Democracy called forth political science and political scientists.“²¹

Tocqueville, der Protagonist einer neuen Politischen Wissenschaft, demonstriert diesen Zusammenhang von Politischer Wissenschaft und Revolution in seiner Verteidigung der Academie des Sciences Morales et Politiques, 1852: „Die großen Urheber dieser gewaltigen Revolution sind gerade die Menschen, die nie an den öffentlichen Angelegenheiten teilhatten - es ist die politische Wissenschaft [...], die im Geiste unserer Väter all jene neuen Keime säte, aus denen plötzlich so viele politische Institutionen und bürgerliche Gesetze, die unseren Vorfahren unbekannt waren, keimten [...] bei allen zivilisierten Völkern sind die politischen Wissenschaften Schöpfer oder zumindest Gestalter jener allgemeinen Ideen aus denen die spezifischen gesellschaftlichen Umstände erwachsen, unter denen die Politiker handeln.“²² Das ist gleichsam die Gründungsrede für die *Sciences Po* als Sachwalterin der politischen Leitwissenschaft der Republik.

Politische Wissenschaft als Disziplin gerät in diesem Zusammenhang in eine prekäre Situation: In Inhalt und Form repräsentiert sie ihrer Intention nach eine gesellschafts- und in gewissem Sinn geschichtstranszendente Konzeption

20 Ibid., 7.

21 Ibid., 6.

22 Alexis de Tocqueville, „Über die politischen Wissenschaften“, in: Kleine Politische Schriften, Berlin 2006, 49-59, hier 53.

einer prinzipiengeleiteten empirisch fundierten Ordnungswissenschaft, die sich letztlich nur unter konstitutionellen Bedingungen frei entfalten kann. Sie ist einerseits an die Auslegung und Erforschung gesellschaftlicher Selbstverständigungs-Diskurse und deren zivilreligiös imprägnierte politische Deutungskulturen gebunden und verpflichtet, als Sozialisationsagentur der Bürger wirksam zu werden. Das Politische, auf das sie in ihren Grundlagen notwendig rekurren muss, ist in der Regel durch die in der Ordnungslogik der eigenen Gesellschaft operativen Prinzipien vorgegeben. Die Kohärenz der Idee des Politischen scheint an die Kohärenz dieser gesellschaftlichen Vorgabe gebunden. In einer kritischen Betrachtung einschlägiger politikwissenschaftlicher Werke angelsächsischer Autoren bemerkt Eric Voegelin: „A theory that insists on discussing politics in terms of Anglo-Saxon democracy cannot deal adequately with the Western national states, and not at all with the political organization, e.g., of Asiatic civilizations“. Hieraus ergibt sich das wissenschaftliche Gebot „to separate the essential from the historically contingent and to break with the habit of treating the institutions of a particular national state at a particular time as if they truly manifested the nature of man.“²³ Die wissenschaftlich gebotene Reflexion auf das Wesen des Politischen schlechthin zwingt also andererseits zu einer kritischen Distanzierung, damit die fundamentalen Grundfragen der Ordnung des Menschen in Geschichte und Gesellschaft als solche in den Blick der Wissenschaft kommen. Der politische Wissenschaftler ist, wie es Voegelin einmal ausdrückte, eingebunden in die politische Realität und gleichzeitig gezwungen, die kritische Distanz der Kontemplation zwischen sich selbst und seinem Gegenstand aufrecht zu halten.

Dieses Grundproblem einer kritischen Politischen Wissenschaft war in Gestalt des Konflikts zwischen dem Philosophen und der Stadt vom Anbeginn an präsent in der antiken Formulierung einer Wissenschaft der Polis-Politik, woran abschließend erinnert werden soll. „Aus der Gleichsetzung von Polis und Bürgerschaft“, schreibt Christian Meier²⁴, ist der Begriff des Politischen

23 Eric Voegelin, „The Oxford Political Philosophers“, Collected Works 11, Columbia 2000, 24-46, hier 25.

24 Christian Meier, „Entstehung und Besonderheit der griechischen Demokratie“, in: Kurt H. Radlaub (Hrsg.), *Demokratia*, Darmstadt 1995, 248-301, hier 252.

entstanden, der in dem eigentümlichen Ordnungsdenken wurzelt, das Platon erstmals durch das Wort ‚Philosophie‘ aus dem bis dato umgangssprachlichen Kontext löst und semantisch fixiert. Im freien, gleichsam gegenüberliegenden Raum werden die *ta politika*, die bürgerschaftszentrierte Politik der Poliszivilisation, kritisch auf den Begriff des Politischen gebracht. Mit der Substantiierung des Eigenschaftswortes *politikon* drücken die Denker in Akademie und Lykeion das Wesenhafte der *ta politika* aus und folgen damit dem *linguistic turn* der Hellenen, der die Geburt der wissenschaftlichen Sprache signalisiert. Aus der Abstraktion, die durch die Substantiierung von Adjektiven und Verben entsteht (to agathon, to kalon, to physikon), wird das allgemeine derart bestimmt, dass es zum „Gegenstand des Denkens“ wird, wie Bruno Schnell einmal ausführte.²⁵ Der reflexive Begriff des *to politikon* knüpft der Sache nach an die normativen Vorgaben der Polisidee an und verwandelt diese in einen wissenschaftlich-rationalen Diskurs.²⁶ Die reflexive Politik hält an der Idee fest, dass der Mensch in seiner vollen Aktualisierung als Mensch ein Poliswesen ist, aber sie universalisiert den Polismenschen tendenziell in einer „Philosophie über das Menschliche“ und manifestiert dieses in einem Ordnungszusammenhang, der die Ablösung vom Polisparadigma denkgeschichtlich impliziert und damit realgeschichtlich für die westliche Moderne verfügbar machte.

Der Politologe und Philosoph im antiken Athen, sei abschließend angemerkt, war in der Polis, aber nicht von der Polis, und diese Distanz bekam er zu spüren: Auf die Frage, warum die Leute bereit seien, Bettler finanziell zu unterstützen, nicht aber Philosophen zu sponsern, sagte Diogenes, weil sie sich zwar vorstellen können lahm oder blind zu werden, jedoch niemals ein Philosoph zu werden.²⁷ Schon seinerzeit zögerten die Reichen und Schönen, die reine Wissenschaft zu subventionieren.

25 Bruno Schnell, *Die Entdeckung des Geistes*, Göttingen 1993, 209.

26 Jürgen Gebhardt, „Zum Begriff des Politischen in der hellenischen Antike“, in: Wolfgang Merkel - Andreas Busch (Hrsg.), *Demokratie in Ost und West*, Frankfurt 1999, 36-54, insbes. 50-51.

27 Diogenes Laertius, *Lives of Eminent Philosophers II*, Loeb Classical Library Cambridge 1950, 57.

Johannes Görg

Studium generale oder Berufsakademie?

Sehr geehrte Gäste,
liebe ehemalige und aktuelle Dozenten und Absolventen,

es ist eine schöne Tradition, an runden Geburtstagen einmal innezuhalten, die Vergangenheit Revue passieren zu lassen und sich Neues für die Zukunft vorzunehmen. Als Absolvent und Vorsitzender des Alumnivereins möchte ich die Gelegenheit nutzen und meine herzlichsten Glückwünsche auch im Namen aller Alumni übermitteln.

Bevor ich einen genaueren Blick auf das Studium der Politikwissenschaft aus Absolventensicht richte, möchte ich das Motto meines Vortrags erläutern. Die Überschrift „Studium generale oder Berufsakademie?“ ist zugegebenermaßen unpräzise - das Studium der Politik war nie ein Studium generale im Sinne Goethes, also eine humanistische, juristische und philosophische Grundausbildung. Aber ebenso wenig war es eine praxisnahe Ausbildungsstätte für die Industrie. Dort ist die Berufsakademie als dualer Studiengang beliebt, arbeiten die Studierenden doch im Unternehmen, während der gemeine Student - leider unbezahlt - Semesterferien hat. Mein Titel soll vielmehr die Frage zuspitzen, wofür das Institut die Studierenden eigentlich ausbildet. Diese Frage ist insofern interessant und nicht einfach zu beantworten, da offiziell Wissenschaftler für eine wie auch immer geartete wissenschaftliche Karriere ausgebildet werden. In der Realität arbeitet aber nur ein Bruchteil der Absolventen wirklich in einem fachnahen Beruf. Wieso sich Menschen also für ein Studium entscheiden, an dessen Ende kein definierter Beruf steht, möchte

ich heute beleuchten. Um nicht der Versuchung zu erliegen, meine eigenen Erfahrungen als *common sense* zu verkaufen, habe ich mich in Vorbereitung auf den heutigen Vortrag mit ehemaligen Studenten und Dozenten unterhalten und versucht herauszufinden, worin denn die Motivation für ein Studium der Politikwissenschaft begründet ist. Aus Rücksicht auf einzelne Schicksale werde ich heute keine Geschichten aus dem Karzer erzählen. Versprochen.

„Wir haben viel zuviel Soziologen und Politologen. Wir brauchen viel mehr Studenten, die sich für anständige Berufe entscheiden, die der Gesellschaft auch nützen.“ Diese Aussage machte der damalige SPD-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Helmut Schmidt, im Oktober 1968. Ausgelöst durch die Studentenproteste verzeichneten die politischen und soziologischen Institute einen ungeheuerlichen Zulauf. Der SPIEGEL schrieb das einem Wunsch nach Aufklärung und Emanzipation von der Väter-Gesellschaft zu, die in den Augen der Studierenden an undurchsichtigen Traditionen und überkommenen Hierarchien festhielt. Einen Run auf das Studium der Politik hat es in diesem Ausmaß nicht mehr gegeben, obwohl es in der Zeit danach auch immer wieder singuläre Ereignisse gegeben hat, die Teile der Gesellschaft politisierten und damit jungen Erwachsenen einen Grund zur Aufnahme eines Studiums der Politologie gegeben haben. Beispielsweise der NATO-Doppelbeschluss 1979 oder die Proteste gegen die Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf Mitte der 80er Jahre. Jedoch ist zu beobachten, dass es seit dem Zusammenbruch des Ostblocks Mitte der 90er Jahre keine derartige Politisierung in der Gesellschaft mehr gegeben hat. Sicherlich waren die Terroranschläge vom 11. September 2001 prägend für die Sicherheitspolitik in den letzten zehn Jahren und es gab auch in Erlangen einen Anstieg in den Erstsemesterzahlen in Politikwissenschaft, eine Politisierung in die Tiefe der Gesellschaft hinein haben sie nicht ausgelöst.

Über alle Jahrzehnte hinweg blieb die tieferliegende Motivation für die Aufnahme eines Studiums der Politikwissenschaften gleich: Das Bedürfnis, Zusammenhänge und Abhängigkeiten in Gesellschaft und Politik zu erkennen und zu erklären. Themen wie Macht und Herrschaft, soziale Ungleichheit, Globalisierung, das Funktionieren politischer Systeme und die Ideengeschichte

politischer Theorien waren immer - wenn auch verschieden stark ausgeprägt - der Hauptantrieb, sich mit dem Fach zu befassen. Diese intrinsische Motivation klingt für die meisten hier Anwesenden immer noch spannend und vollkommen nachvollziehbar. Natürlich soll man Politikwissenschaften studieren! Vor allem in Erlangen! Das Kursangebot ist groß, man kann im Sommer auf den Berg und das Essen in der Mensa ist viel besser als sein Ruf. Aber Spaß beiseite! Für Außenstehende oder Nichteingeweihte ist dieses Studium immer noch etwas Exotisches. Klingt zwar interessant, bleibt aber exotisch. Auch ökonomisch gesehen ist die Entscheidung für ein Studium der Politikwissenschaften nicht zwangsläufig einleuchtend. Wieso sollte jemand ein Studium aus reinem Interesse beginnen, ohne dass am Ende ein klarer Beruf steht?

Wir Ehemalige, wie wir uns heute hier versammelt haben, würden wohl unzählige Argumente dafür finden, einem Studienanfänger fällt das dagegen um Vieles schwieriger. Auch die Fakten sprechen nicht gerade dafür: Nur etwa ein Viertel der Studienanfänger macht am Ende auch seinen Abschluss, die Mehrheit wechselt in einen anderen Studiengang, beginnt eine Ausbildung oder bricht das Studium ab. Seine Eltern trotzdem davon zu überzeugen, dass sich ein solches Studium lohnt, ist sicherlich nicht einfach.

Auf die aus Elternsicht berechnete Frage, in welchem Beruf man denn nach dem Studium arbeiten will, konnte man zu Zeiten, als nur der Magisterstudiengang angeboten wurde, antworten, dass man ja immer auf Sozialkunde umschwenken könne und Lehrer werde. Der Beamtenstatus als ultimatives Argument. Dieser konnte auch ins Feld geführt werden, wenn man auf eine wissenschaftliche Karriere verwies. Schwieriger wurde es schon „Journalismus“ oder „Öffentlichkeitsarbeit“ als Berufsaussichten anzugeben, denn diese Disziplinen waren eher schwer greifbar. Manche Studierende hatten auch schon eine abgeschlossene Berufsausbildung - oder in weniger Fällen ein abgeschlossenes Studium - bevor sie anfangen, Politologie zu studieren. Zum einen, weil manche sich für die Zukunft absichern wollten, zum anderen, weil sich das Interesse am Ende durchgesetzt hat.

Viel besser wäre doch ein verschultes Studium an einer Fachhochschule zu beginnen oder ein Studium, bei dem ein klarer Beruf am Ende steht wie Medizin oder Architektur. Oder wenigstens eine exakte Wissenschaft wie Mathematik oder Physik. Oder man beginnt gleich ein Studium der Betriebswirtschaftslehre, da die große Mehrheit der Absolventen eine unbefristete Anstellung im ersten Jahr nach dem Abschluss erhält. Allerdings gibt die überwiegende Mehrheit der Studierenden dieser Fächer zu, dass das Interesse an der Disziplin eher gering ist und dass das jeweilige Fach nur aufgrund des in Aussicht gestellten Abschlusses studiert wird.

Dagegen ist die Politikwissenschaft ja ein eher konfuzianisches Studium. Ohne sich um das Ziel größere Gedanken zu machen, wird ein höchst interessanter Weg beschritten. Das „Danach“ findet sich dann schon irgendwann: „Irgendwas mit Medien“. Gleichzeitig wird einem das Leben an der Universität auch nicht zu leicht gemacht. Sei es nun bürokratisch wie beispielsweise der Zettelkrieg mit der Studentenzentrale in der Halbmondstrasse oder den Problemen bei der Anerkennung von ausländischen Scheinen. Ganz zu schweigen von den Hindernissen beim Betreten der Uni durch Blockaden der marxistischen Gruppe oder den heutigen Studentenprotesten gegen die Bologna-Reform oder die Studiengebühren. Auch das Streichen der Bergferien war dem studentischen Leben nicht zuträglich, jedenfalls nicht dem geselligen Teil. Zudem war eine Finanzierung des Studiums nur durch Nebenjobs und Ferienarbeit möglich, und viele Studierende haben sich durch harte Arbeit auf Baustellen, in Kneipen oder bei der Post das notwendige Geld fürs Studium verdient, wenn das Bafög mal wieder nicht reichte.

Nicht jeder hat das Glück solventer Eltern oder wollte sich von Anfang an unabhängig machen. Wenn man diese Unbill auf sich nimmt und mit Disziplin, Fleiß und Spaß sein Studium absolviert, hat man vielleicht aufgrund einer Hilfskraftstelle und der Mitarbeit an einem Forschungsprojekt die Chance auf eine Promotion am Institut oder andere Möglichkeiten in den Wissenschaftsbetrieb einzusteigen. Meistens aber probiert man sich eben auf dem rauen

Arbeitsmarkt aus und konkurriert mit anderen Absolventen aus Fächern wie der Betriebswirtschaftslehre, den Kommunikationswissenschaften oder der Soziologie.

Es ist den Lehrenden am Institut hoch anzurechnen, dass sie eben keine spezialisierten Wissenschaftler ausbilden wollen, sondern Generalisten, die es durchaus verstehen, mit ihrer Ausbildung selbstbewusst aufzutreten. Denn ein Politikstudium hat entscheidende Vorteile: Es bereitet auf die Ambivalenz und Vielschichtigkeit der modernen Welt vor. Es ist mittlerweile ein Allgemeinplatz zu behaupten, dass die Welt immer komplizierter wird, aber dennoch nicht von der Hand zu weisen. Kinder erklären ihren Eltern neue Medien, in Deutschland wird die Bezeichnung „Volkspartei“ immer öfter neu definiert und in der Welt nehmen regionale und lokale Entwicklungen an Bedeutung zu. Jetzt zu behaupten, all diese Themenfelder könne ein Absolvent der Politikwissenschaft zur Gänze erklären, wäre sicher vermessen, aber es ist schon wahr, dass man von Anfang an mit einer Vielzahl von Politikfeldern und Theorien konfrontiert wird. Man behandelt ganz strukturiert systemische Staatsgebilde und klar abzugrenzende Theoreme, der menschliche Faktor gibt dem Ganzen dann aber oft eine zuweilen stark polarisierende, rein interessengeleitete oder machtpolitische Dimension und verkompliziert die Themen so. Von Anfang an wird man so also auf die Komplexität der Welt vorbereitet und verinnerlicht das auch schnell. Zudem weiß man zwischen Wichtigem und Unwichtigem zu unterscheiden und kann sich immer wieder schnell in neue Themengebiete einarbeiten. Von diesen Fähigkeiten profitieren viele in ihren aktuellen Berufen, und auch wenn viele vielleicht nicht auf Anhieb den Traumberuf gefunden haben, schauen die wenigsten mit Bedauern auf ihr Studium zurück. Das Streben nach einer hochdotierten Managementstelle war am Anfang des Studiums wohl bei keinem das Ziel, sondern eher ein großes Interesse am Fach und natürlich die damit verbundene Hoffnung, irgendwann mal damit auch Geld zu verdienen. Denn bei meinen Recherchen zu dem Vortrag habe ich immer wieder bemerkt wie begeistert Ehemalige von dem Studium der Politikwissenschaft waren und welchen Stellenwert das Politische immer noch in ihrem Leben einnimmt, sei es nun beruflich oder privat.

Wenn diese Begeisterung für ein Thema besteht und andere Einstellungen stimmen, wie beispielsweise auf seine Stärken zu vertrauen, seine Ziele mit Verve und Leidenschaft zu verfolgen und seine Mitmenschen nie gleichgültig zu behandeln, dann hat man schon ein paar gute Grundvoraussetzungen geschaffen, sein Leben wenigstens beruflich erfolgreich zu meistern. Mit diesen Gedanken möchte ich meinen Vortrag schließen und wünsche allen am Institut das Allerbeste für die Zukunft. Auf dass Sie auch weiterhin mit Engagement und Leidenschaft Ihrer Arbeit nachgehen und dafür sorgen, dass motivierte und gut ausgebildete Menschen Erlangen verlassen und sich dann immer mit Freude an ihre Zeit am Institut für Politische Wissenschaft zurück-erinnern.

Politische Wissenschaft in Erlangen

Das Institut für Politische Wissenschaft der Universität Erlangen-Nürnberg bietet seinen Studierenden eine akademische Ausbildung, die die ganze Breite der Disziplin und damit die klassischen politikwissenschaftlichen Teilbereiche abdeckt, aber auch Erlanger Akzente setzt:

- Politische Philosophie, Theorie und Ideengeschichte
- Deutsche und Vergleichende Politik, Politische Ökonomie
- Internationale Beziehungen und Europastudien
- Politik in außereuropäischen Regionen
- Menschenrechte und Menschenrechtspolitik

An dem 1961 unter Leitung von Waldemar Besson gegründeten Institut studieren derzeit insgesamt ca. 1.000 Studentinnen und Studenten. Sie sind für die neu eingeführten Bachelor- und Masterstudiengänge sowie für die Lehramtsstudiengänge für das Fach Sozialkunde immatrikuliert. Etwa 350 Studierende sind noch für die auslaufenden Diplom- und Magisterstudiengänge (Haupt- und Nebenfach) eingeschrieben. Mit drei Lehrstühlen, insgesamt sieben Professuren und einem Team wissenschaftlicher Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist das Institut das größte politikwissenschaftliche Institut in Nordbayern: groß genug, um ein fachlich breites und profiliertes Studium zu bieten, übersichtlich genug, um den regen intellektuellen Austausch und den persönlichen Kontakt zwischen Lehrenden und Studierenden zu ermöglichen.

Forschung und Lehre

Die Forschungsprojekte, Vorlesungen und Seminare am Institut für Politische Wissenschaft sind Teil einer integrierten, international ausgerichteten Konzeption, die sich neben ihrer fachlichen Breite durch ein eigenständiges Profil auszeichnet.

Besondere Schwerpunkte sind unter anderem die Vergleichende System- und Policy-Forschung, Politik in außereuropäischen Regionen (Nord- und Lateinamerika, Naher und Mittlerer Osten, Asien-Pazifik), Menschenrechte, Europäische Union und Europaforchung, Politik und Wirtschaft sowie Vergleichende Politische Philosophie, Theorie und Ideengeschichte. Das Gerlach-Archiv und die Eric-Voegelin-Bibliothek sind als Forschungsstelle für Politische Philosophie und Geistesgeschichte dem Institut zugeordnet.

Neben der fundierten Fachausbildung konzentriert sich die Lehre auch auf die Vermittlung wichtiger, insbesondere praxisbezogener Schlüsselqualifikationen, die unsere Absolventen zu vielseitig einsetzbaren, breit qualifizierten Generalisten machen. Praktika in den verschiedensten Bereichen von Gesellschaft, Wirtschaft und Politik, studienbegleitende Fremdsprachenausbildung und Kooperationen mit Nachbardisziplinen, aber auch mit außeruniversitären Institutionen runden das Lehrangebot ab.

Kooperationen und Partner

In verschiedenen Forschungsprojekten arbeitete und arbeitet das Institut für Politische Wissenschaft unter anderem mit der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der Thyssen-Stiftung und der Volkswagen-Stiftung zusammen. Wir sind Mitglied im „European Consortium for Political Research“ (ECPR) und im Bayerischen Zentrum für Politische Theorie.

Zu den Partnern des Instituts gehören

- das interdisziplinäre Zentralinstitut für Regionenforschung
- das Zentralinstitut für angewandte Ethik und Wissenschaftskommunikation
- das Zentralinstitut „Anthropologie der Religion(en)“
- verschiedene Stiftungen politischer Parteien
- das Auswärtige Amt der Bundesrepublik Deutschland
- die Bayerische Amerika-Akademie
- die Bundeszentrale und die Landeszentralen für politische Bildung
- die Städte Erlangen und Nürnberg
- das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- die Vereinten Nationen (UN-Hochkommissariat für Menschenrechte)

Wir arbeiten mit einer Reihe ausländischer Universitäten zusammen:

- Costa Rica: Universidad de Costa Rica
- Finnland: University of Helsinki
- Frankreich: Université de Rennes 1; Institut d'Études Politiques in Rennes
- Hong Kong: City University of Hong Kong
- Italien: Università di Bologna; Università di Padova
- Polen: Adam Mickiewicz University Poznan; Universität Wrocław
- Schweden: Dalarna University
- Ungarn: Andrassy-Universität, Budapest; University of West Hungary Savaria Campus, Szombathely
- Türkei: Yildiz University, Istanbul
- USA: Duke University, Durham; East Carolina University, Greenville

Bisher erschienene Folgen und Ausgaben der Erlanger Universitätsreden

Die Erlanger Universitätsreden erschienen in einer ersten Folge von Nr. 1/1918 - Nr. 27/1941, in einer zweiten Folge von Nr. 1/1957 - Nr. 17/1972. Dies ist die 3. Folge.

Nr. 56/1998
Prof. Dr. Alfred Wendehorst
Aus der Geschichte der
Friedrich-Alexander-Universität

Nr. 57/1998
Prof. Dr. Franz Streng
Das „broken windows“-Paradigma -
Kriminologische Anmerkungen zu einem
neuen Präventionsansatz

Nr. 58/1999
Dies academicus 1999
Rede des Rektors Prof. Dr. Gotthard Jasper
Festvortrag von Prof. Dr. Gerhard Emig
Katalyse - Schlüssel zum Erfolg in der Technischen
Chemie

Nr. 59/2000
Prof. Dr. Karl Möseneder
Deutschland nach dem Dreißigjährigen Krieg:
Kunst hat ihren Namen von Können

Nr. 60/2000
Dies academicus 2000
Rede des Rektors Prof. Dr. Gotthard Jasper
Festvortrag von Prof. Dr. Peter Horst Neumann
Jean Paul nach 200 Jahren - zur Aktualität
historischer Texte

Nr. 61/2001
Festreden zum zehnjährigen Bestehen des
Fakultäten-Clubs der Universität Erlangen-Nürnberg

Nr. 62/2002
Rektorenwechsel
Reden und Ansprachen

Nr. 63/2003
Prof. Dr. Gottfried O.H. Naumann
Augenheilkunde heute - auch eine Art
Abschiedsvorlesung

Nr. 64/2004
Prof. Dr. Andrea Abele-Brehm
100 Jahre akademische Frauenbildung in Bayern
und Erlangen - Rückblick und Perspektiven

Nr. 65/2004
Ich übergebe der Flamme ...
Reden zur Gedenkwoche der Bücherverbrennung

Nr. 66/2005
Dies academicus 2004
Prof. Manfred Geiger
Dr. Oliver Kreis
Ingrid Gaus
Technik - die prägende geistige Errungenschaft
unserer Zeit

Nr. 67/2005
Eröffnung des Franz-Penzoldt-Zentrums

Nr. 68/2006
Dies academicus 2005
Festvortrag von Prof. Dr. Wolfgang Gerke
Kapitalmarkt ohne Moral?

Nr. 69/2007
Emmy-Noether-Vorlesung 2007
Prof. Dr. Christine Lubkoll
Fragmente einer Sprache der Liebe
Sprachutopie und Diskurskritik in
Ingeborg Bachmanns Roman „Malina“

Nr. 70/2007
Prof. Dr. Gregor Schöllgen
Die Dienstleister. Von den Aufgaben der
Geisteswissenschaftler in der modernen Welt.

Nr. 71/2008
Prof. Knut Radbruch
Emmy Noether: Mathematikerin mit hellem Blick
in dunkler Zeit

Nr. 72/2008
Prof. Jens Kulenkampf
„Ob Materie denken könne“
Wilhelmine von Bayreuth und die Aufklärung

Nr. 73/2009
Prof. Dr. Günter Leugering
Wirtschaftsfaktor Mathematik

Nr. 74/2011
Ordination von Prof. Dr. Peter Dabrock,
Inhaber des Lehrstuhls für
Systematische Theologie II (Ethik)

Nr. 75/2010
Festakt für den Kanzler der FAU Thomas A.H. Schöck

Impressum

Herausgeber:
Der Präsident der Friedrich-Alexander-Universität
Erlangen-Nürnberg,
Schlossplatz 4, 91054 Erlangen

Redaktion und Gestaltung:
Marketing und Kommunikation
Heiner Stix
Tel.: 09131/85 -70200
Fax: 09131/85 -70220
E-Mail: marketing@zuv.uni-erlangen.de
Internet: www.uni-erlangen.de

Satz:
cybeck publishing, Sebastian Beck
Riemenschneiderstr. 12
91056 Erlangen
Tel.: 09131 898939
Fax: 09131 898938
E-Mail: info@cybeck.de

Druck und Verarbeitung:
Druckhaus Haspel Erlangen e.K.
Willi-Grasser-Straße 13a
91056 Erlangen
Tel.: 09131 9200770
Fax: 09131 9200760
E-Mail: das@druckhaus-erlangen.de

Die Veröffentlichung des Textes oder einzelner Teile
daraus ist nur mit Genehmigung des Herausgebers
bzw. des Autors gestattet.

ISSN 0423-345 X